



Deutsche Umwelthilfe



DEUTSCHE STIFTUNG
MEERESSCHUTZ (DSM)

Für die zeichnenden Organisationen: Deutsche Umwelthilfe e.V. | Hackescher Markt 4 | 10178 Berlin

Bundesministerium für Landwirtschaft,
Ernährung und Heimat
Herrn Bundesminister Alois Rainer, MdB
Wilhelmstraße 54
10117 Berlin

Per E-Mail an: poststelle@bmluh.bund.de

11. März 2026

Stärkung eines nachhaltigen Fischereisektors und gesunde Meere durch die entschlossene Umsetzung der Gemeinsamen Fischereipolitik

Sehr geehrter Herr Bundesminister Rainer,

Die Europäische Kommission bereitet derzeit ihre Bewertung der Gemeinsamen Fischereipolitik der Europäischen Union (GFP) vor und wird zeitnah empfehlen, ob die GFP reformiert werden soll. Aus Sicht der unterzeichnenden Verbände braucht es **keine Reform der GFP, sondern eine entschlossene Umsetzung des bestehenden Regelwerks.**

Während der letzten GFP-Reform setzte sich die damalige CSU-Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner für ein modernes und nachhaltiges Fischereimanagement ein. Sie forderte: „Wir müssen das Nachhaltigkeitsziel in den Mittelpunkt stellen und endlich Schluss machen mit der unverantwortlichen Verschwendung unserer wertvollen Meeres-Ressourcen. [...] Wir tragen die Verantwortung dafür, die Fischbestände in den Weltmeeren als eine der wichtigsten Nahrungsquellen der Menschheit auch für kommende Generationen zu erhalten.“¹ **Dafür bietet die reformierte GFP viele Möglichkeiten, doch auf Grund nationaler Umsetzungsdefizite konnten bis heute die erwarteten Fortschritte nicht erzielt werden.**

¹ Aus dem Hamburger Abendblatt, 11.06.2012

Die Europäische Kommission hat gezeigt, dass die GFP, wenn sie konsequent angewendet wird, spürbare wirtschaftliche und ökologische Verbesserungen mit sich bringt.² Leider zeichnen die jüngsten Berichte der Europäischen Umweltagentur weiterhin ein alarmierendes Bild: **90 Prozent der europäischen Meeresgebiete stehen unter erheblichem Druck durch menschliche Aktivitäten.**³ Überfischung, Beifang und der Verlust mariner Lebensräume gefährden gleichermaßen die Stabilität und Funktionen von Ökosystemen und damit auch die wirtschaftlichen Grundlagen zahlreicher Küstengemeinden und Fischereibetriebe.

In einer Zeit, in der Stabilität und Kontinuität mehr denn je gefordert sind, würde eine Reform den Fokus auf die Problemlösung in der Praxis ablenken und zunehmende Unsicherheiten für den gesamten Sektor verursachen. Sie riskiert jahrelange politische Auseinandersetzungen, verhärtete Fronten und eine Verzögerung dringend notwendiger Verbesserungen beim Meeresschutz und bei der Nutzung mariner Ressourcen. Gleichzeitig würden sich die sozioökonomischen Probleme, wie steigende Kosten, knappe Ressourcen und Marktverzerrungen, unter denen vor allem kleine Fischereibetriebe leiden, in den Jahren des Schwebezustands einer GFP-Reform noch weiter verschärfen. **Die jetzige GFP bietet für bestehende Herausforderungen Lösungen an.** Ein Beispiel ist die Umsetzung von Artikel 17, der vorsieht, wirtschaftliche, soziale und ökologische Kriterien bei der nationalen Zuteilung von Fangquoten anzuwenden.

Die Empfehlungen der Zukunftscommission Fischerei (ZKF) zielen auf eine Entlastung und nachhaltige Transformation des deutschen Fischereisektors. **Alle Empfehlungen der ZKF sind unter den aktuellen Regelwerken umsetzbar und erfordern keine Reform der GFP.** Im Gegenteil: Der hart erarbeitete Konsens aller Mitglieder der ZKF würde im Falle einer Positionierung Deutschlands für eine Reform der GFP riskiert und letztlich würden auch die Investitionen in die ZKF aller Akteur*innen bedeutungslos.

Es braucht nun ein klares politisches Bekenntnis zur aktuellen GFP sowie ihrer verbindlichen und ambitionierten Umsetzung, um die langfristige wirtschaftliche Tragfähigkeit der Fischerei und stabile Einkommen für die Küstengemeinden durch gesunde und widerstandsfähige Meeres-Ökosysteme zu sichern. Ebenso sollten laufende Prozesse wie der EU-Rechtsakt für die Meere, die Evaluierung der Marktordnung und die Anpassung des EU-Finanzrahmens genutzt werden, um die GFP zu unterstützen, anstatt sie zu reformieren.

Die vollständige Umsetzung bestehender Fischerei- und Umweltvorschriften ist nicht nur eine rechtliche Verpflichtung und ökologische Notwendigkeit, sondern ein wirtschaftliches Gebot: Nach Berechnungen der EU-Kommission könnte die EU-Wirtschaft allein durch die vollständige Umsetzung der EU-Umweltschutzgesetze, unabhängig von der Fischereigesetzgebung, jährlich rund 180 Milliarden Euro an Gesundheits- und direkten Umweltkosten einsparen.⁴

Eine dauerhaft wirtschaftlich tragfähige Fischerei ist nur auf der Basis einer naturverträglichen Praxis möglich. Genau darauf ist die GFP bereits ausgelegt. **Daher bitten die unterzeichnenden Verbände Sie, sich auf EU-Ebene gegen eine Reform der GFP zu positionieren und sich stattdessen für eine schnelle, wirksame und umfassende Umsetzung aller bestehenden Vorgaben einzusetzen** – im Einklang mit der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie der EU, dem UN-Hochseeschutzabkommen, dem Globalen Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal, sowie den Zielen für Nachhaltige Entwicklung.

² Europäische Kommission. (2023). Die gemeinsame Fischereipolitik heute und morgen: Ein Fischerei- und Ozeanpakt für eine nachhaltige, wissenschaftlich fundierte, innovative und inklusive Fischereiverwaltung (COM(2023)103 final).

³ EEA. (2020). Marine Botschaften II, Kursnavigation zu sauberen, gesunden und produktiven Meeren durch die Umsetzung eines ökosystembasiereten Ansatzes, EEA Bericht Nr. 17/2019. Bericht der Europäischen Umweltagentur, Kopenhagen.

⁴ Europäische Kommission. (2025). 2025 Umweltumsetzungsbericht. Umweltumsetzung für Wohlstand und Sicherheit (COM(2025) 420 final).

Eine Fischerei, die das Gleichgewicht der Natur nicht stört, ist nicht nur möglich, sondern Voraussetzung für die wirtschaftliche und soziale Zukunftsfähigkeit des gesamten Sektors. Gern möchten wir Sie um ein weiterführendes Gespräch bitten und danken Ihnen im Voraus für Ihr verantwortungsvolles Handeln.

Mit freundlichen Grüßen,



Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer Deutsche Umwelthilfe e.V.
Im Namen der Verbände

Verena Graichen, Geschäftsführerin, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.,
Verena.Graichen@bund.net

Ida Carlén, Vorständin, Coalition Clean Baltic (CCB),
ida.carlen@naturskyddsforeningen.se

Christiane Gerstetter, Geschäftsführerin, ClientEarth Deutschland,
CGerstetter@clientearth.org

Dr. Iris Ziegler, Leiterin Fischerei- und Meeresschutzpolitik, Deutsche Stiftung Meeresschutz,
iris.ziegler@stiftung-meeresschutz.org

Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer, Deutsche Umwelthilfe e.V.,
mueller-kraenner@duh.de

Steve Trent, Geschäftsführer, Environmental Justice Foundation,
steve.trent@ejfoundation.org

Mireille Remesch, Referentin für Agrarpolitik, Essen mit Zukunft e.V.,
mireille.remesch@essen-mit-zukunft.de

Fabian Ritter, Vorstand, M.E.E.R. e.V.,
ritter@m-e-e-r.de

Dr. Kim Cornelius Detloff, Leiter Meeresschutz, NABU e.V.,
Kim.Detloff@NABU.de

Vera Coelho, Geschäftsführerin und Vizepräsidentin in Europa, Oceana,
vcoelho@oceana.org

Dr. Monica Verbeek, Geschäftsführerin, Seas At Risk,
mverbeek@seas-at-risk.org

Niclas Müller, Referent für Internationale Zusammenarbeit, Sharkproject,
n.mueller@sharkproject.org

Franziska Walter, Geschäftsführerin, Whale and Dolphin Conservation,
Franziska.walter@whales.org

Anlage

Versenken Sie die Gemeinsame Fischereipolitik nicht – verwirklichen Sie ihr Potential